

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Koblenz

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Goethe Realschule Plus_Estricharbeiten

Beschreibung: Estricharbeiten für die Goethe Realschule Plus Erweiterungsbau

Kennung des Verfahrens: e1ac84e8-92a0-4786-b1d3-578e5bcaf637

Interne Kennung: 2026-65-4480-EO

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistung*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45262320 *Estricharbeiten*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Brenderweg 123

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56070

NUTS-3-Code: *Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)*

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP6YYHYEUG#

Elektronische Kommunikation: Die gesamte Kommunikation erfolgt bei allen Vergabeverfahren ausschließlich in elektronischer Form über die E-Vergabepattform. Die in der Kommunikation dargelegten Sachverhalte werden Bestandteil des Angebotes. Dies umfasst u.a. die Beantwortung

von Bieterfragen zum Vergabeverfahren und Zurverfügungstellung von zusätzlichen Informationen sowie Austauschseiten. Die Vollständigkeit obliegt alleine dem Bieter. Datenschutzgrundverordnung: Mit Abgabe eines Angebotes / Teilnahmeantrag erklärt der Bieter / Bewerber, dass er die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten beachtet hat und dies gegenüber dem AG jederzeit durch Vorlage geeigneter Dokumente nachweisen kann. Er hat insbesondere alle ggf. erforderlichen Einwilligungen eingeholt und die erforderlichen Informationen an seine Mitarbeiter weitergeleitet.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung, Auftragsunterlagen*

Rein nationale Ausschlussgründe: Auch für die nachfolgenden Ausschlussgründe richtet sich deren Anwendung nach den Regelungen des GWB, §122 ff., sowie §57 VgV

Bildung krimineller Vereinigungen:

Bildung terroristischer Vereinigungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug oder Subventionsbetrug:

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Insolvenz:

Einstellung der beruflichen Tätigkeit:

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:

Schwere Verfehlung:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:

Interessenkonflikt:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Goethe Realschule Plus_Estricharbeiten

Beschreibung: Die Stadt Koblenz erweitert die bestehende Goethe Realschule Plus mit einem dreigeschossigen Erweiterungsbau. Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Leistungsbeschreibung Ausführung von Estricharbeiten einschließlich Untergrundvorbereitung, Verlegung von Dämmstoffen und Herstellung von Zement- und Heizestrichen im Gebäude.

Interne Kennung: 2026-65-4480-EO

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistung*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45262320 *Estricharbeiten*

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Brenderweg 123

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56070

NUTS-3-Code: *Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 30/03/2027

Enddatum der Laufzeit: 28/05/2027

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Nicht erforderlich*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: **nein**

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Erfüllung sozialer Zielsetzungen*

Beschreibung: Schaffung zusätzlicher Raum für den Schulbetrieb.

Gefördertes soziales Ziel: *Sonstiges, bspw. Bindung/Einhaltung von Tarifverträgen Berücksichtigung von Werkstätten aus dem Justizvollzug (sog. Knastläden)*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten*

Beschreibung: Mit dem Angebot sind einzureichen: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" (Vordruck liegt den Vergabeunterlagen bei) vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. o Je eine Referenzbescheinigung für 3 Referenzen. o Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen (alternative Aufgliederung nach Berufsgruppen ist zulässig) einschl. extra ausgewiesenen Leitungspersonal o Gewerbeanmeldung o Handelsregistrauszug o Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- u. Handelskammer o Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes o

Freistellungsbescheinigung
nach § 48b EStG o Unbedenklichkeitsbescheinigung der
Sozialversicherung (Krankenkasse)
o Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen
Versicherungsträgers
mit Angaben der Lohnsummen (Berufsgenossenschaft). Bescheinigungen,
die nicht in
deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche
Sprache beizufügen.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Mit dem Angebot sind einzureichen: Das Landesgesetz zur
Gewährleistung von Tariftreue
und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben
(Landestariftreuegesetz-LTTG)
verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem
geschätzten Netto-Auftragswert
von 20 000 EUR nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei
Angebotsabgabe schriftlich
eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.
Bieter mit Sitz
im Inland sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräfte,
mit Sitz im
Inland, haben eine Verpflichtungserklärung abzugeben, einen Mindestlohn
zuzahlen.
Maßgeblicher Zeitpunkt für die Angaben ist das Datum der
Bekanntmachung.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Bevorzugungsregelung nach dem Sozialgesetzbuch IX: Ist
das Angebot eines bevorzugten
Bieters ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot
eines nicht
bevorzugten Bieters, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt.
Bei der
Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene
und zur Wertung
herangezogene Preis a) bei anerkannten Werkstätten für behinderte
Menschen und anerkannten
Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 v. H., b) bei anerkannten
Inklusionsbetrieben
mit einem Abschlag von 10 v. H. berücksichtigt. Falls das Angebot von
einer Bietergemeinschaft
abgegeben wird, so wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten
Einrichtungen
an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Bei der
Angebotsabgabe ist der
Anteil der bevorzugten Einrichtungen anzugeben. Berücksichtigung von
Ausbildungsbetrieben:
Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen
Bestimmungen bei

sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen Aus-bildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt. Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde. Berücksichtigung von Unternehmen m. Frauenfördermaßnahmen: Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen umfassendere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchführt. Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: Der Preis ist das alleinige Wertungsmerkmal Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt. Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (dezimal, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/06/2026 23:59 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen:

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEUG/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEUG>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung:

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYEUG>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Beschreibung der Sicherheitsleistung: § 17 VOB/B Sicherheitsleistung

Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17

VOB/B) Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne

Umsatzsteuer beträgt,

ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der

Auftragssumme

(inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Vertragsstrafen (§ 11) Der Auftragnehmer

hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen: Bei Überschreitung der genannten Fristen

für jeden Werktag 0,3 v. H. desjenigen Teils der Leistung der nicht genutzt werden

kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von

Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung der den bis zu diesem Zeitpunkt

vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt

5,0 v. H. der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt

Frist für den Eingang der Angebote: 09/06/2026 09:00 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 60 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 16a VOB/A EU wird folgende

Regelung angewendet: Der öffentliche Auftraggeber

fordert Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze

der Transparenz und der Gleichbehandlung auf, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte

unternehmensbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise
- nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige
leistungsbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben
oder Nachweise - nachzureichen oder zu vervollständigen (Nachforderung).
Es sind nur
Unterlagen nachzufordern, die bereits mit dem Angebot vorzulegen waren

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 09/06/2026 09:01 +02:00

Ort des Eröffnungstermins: Stadtverwaltung Koblenz Zentrale
Vergabestelle Willi-Hörter-Platz 1 56068 Koblenz
über www.rlp.vergabekommunal.de

Eröffnungstermin - Beschreibung: Gem. § 14 VOB/A EU sind bei der Öffnung der Angebote keine Bieter bzw. deren Bevollmächtigte zugelassen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind: - Formblatt 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
Rechtsform Bietergemeinschaft: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem
Vertreter. Die geforderten Nachweisen sind von jedem Bieter der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
zu erbringen. - Formblatt 235-Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- Eigenerklärung EU_Verordnung - Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit
folgenden Mindestsummen: Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden (jeweils
je Schadensfall) in Höhe von jeweils 3 Mio. EUR, ersatzweise kann eine Bescheinigung
des Versicherers vorgelegt werden, dass eine bestehende Haftpflichtversicherung im
Auftragsfalle auf die genannten Beträge aufgestockt wird. Unterlagen, die auf Verlangen
der Vergabestelle vorzulegen sind - Formblatt 236-Verpflichtungserklärung anderer
Unternehmen - Urkalkulation

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: Zahlung (§ 16 VOB/B) Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B verlängert auf 60 Tage. .

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Als Rechtsbehelf kann ein Nachprüfungsauftrag bei der unter VI.4.1) genannten Stelle gestellt werden. Wir weisen ausdrücklich auf die Ausschlusswirkungen des § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Nr.1 - 4 GWB hin. Bieter und ggf. Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 134 GWB informiert.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Koblenz

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Koblenz

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Koblenz

Identifikationsnummer: 071110000000-001-50

Postanschrift: Willi-Hörter-Platz 1

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56068

NUTS-3-Code: Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

Kontaktstelle: 09 - ZVS

E-Mail: angebote.zvs@stadt.koblenz.de

Telefon: +49 261-1290

Fax: +49 261-1291010

Internet-Adresse: <https://www.koblenz.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Identifikationsnummer: DE355604198

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

NUTS-3-Code: *Mainz, Kreisfreie Stadt* (DEB35)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131-160

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 870797fe-6f0f-4015-bc47-57de4b8d5af4 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/04/2026 07:00 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*